

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pr. (zögl. frei ins Haus), in den Abtheilungen und der Expedition abgezahlt 20 Pr.
Vierteljährlich
90 Pr. frei ins Haus
80 Pr. bei Abholung.
Durch alle Postanstalten
1,00 M. pro Quartal, mit
Briefträgerbestellgeld
1 M. 40 Pr.
Sprechstunden der Redaktion
11—12 Uhr Vorm.
Ritterbergerstraße Nr. 4.
XVIII. Jahrgang

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Der Kreisschulinspector wird unbeliebt!

Bis zum Erlass des Gesetzes vom 11. März 1872 für alle bekanntlich kein fremdes Element die geistliche Schulaufsicht. Die Räthe in den Schulabteilungen der Regierungen, die Kreis- und die Ortschulinspectoren waren Geistliche. Als der eigentliche Schulherr bei diesem System fungierte natürlich der Ortschulinspector. Er war der Schule und dem Lehrer am nächsten. Die Superintenden und Decane, die damals ziemlich große Bezirke als Kreisschulinspectoren zu beaufsichtigen hatten, waren jährlings nicht in der Lage, sich um Einzelheiten zu bekümmern.

Das Schulaufsichtsgesetz hat die Situation zunächst nur in den katholischen Bezirken wesentlich verändert. Die evangelischen Pastoren blieben im großen und ganzen in dem bisherigen Besitz, nur wurde die Kreisschulaufsicht durch Theilung der Kreise intensiver gestaltet und gewann dadurch an Bedeutung. In den katholischen Bezirken hat man dagegen während des Culturkampfes mit der geistlichen Schulaufsicht zum Theil tabula rasa gemacht. Die Geistlichen wurden in bedeutender Zahl sowohl von der Kreis- als auch von der Ortschulaufsicht entfernt. Die Nachfolger Dr. Falks, insbesondere der jetzige Minister, haben die Ortschulaufsicht auf dem Lande aber wieder ganz in geistliche Hände gelegt. Dr. Bosse hat allein in den drei ersten Jahren seiner Verwaltung über 1800 katholische geistliche Ortschulinspectoren wiederhergestellt. An der sachsenmännischen Kreisschulaufsicht wurde indessen festgehalten. Von der Unterrichtsverwaltung ist auch wiederholt betont worden, daß eine weitere Ausdehnung der weltlichen Kreisschulinspectioen beabsichtigt werde, weil die Aufsicht im Nebenamt in der Kreisinstanz technisch unzulänglich sei.

Diese Erkenntnis und die Klagen der katholischen Geistlichen über Verleugnung der Parität haben die Regierung veranlaßt, zunächst in den confessionell gemischten Bezirken einen Theil der evangelischen Geistlichen von der Kreisschulaufsicht zu entbinden. Dadurch hat Herr Dr. Bosse seine besten Freunde arg gekränkt. Im „Reichsboten“, in dem das orthodoxe Pastorenhum besonders zu Worte kommt, wurden hierüber fortgesetzt die bittersten Beschwerden erhoben, besonders im Anfang des vorstehenden Jahres, als auf einmal sämtliche nebenamtlichen Kreisschulinspectoren des Bromberger Bezirks aufgehoben wurden. Es wurde die Losung ausgegeben, die evangelischen Geistlichen des Bezirks möchten nun auch die Ortschulaufsicht niedergelegen. Dazu kam es indessen aus hier nicht näher zu erörternden Gründen nicht. Es fanden vielmehr, als ob völlige Ruhe wieder einkreisen wollte. Inzwischen sind aber die neuen Kreisschulinspectoren im Hauptamte in Funktion getreten. Dass sie nicht in allen Fällen den geistlichen Ortschulinspectoren alle die Befugnisse befreien konnten, die der geistliche Kreisschulinspector wohl oder übel gewähren mußte, versteht sich von selbst. Es entstanden in Folge dessen Streitigkeiten, in denen die Entscheidung der Bromberger Regierung angerufen wurde. Die

Regierung hat nun das Verbrechen begangen, in einem Erlass die Kreisschulinspectoren als „Herren Vorgesetzten“ der Ortschulinspectoren zu bezeichnen, deren Anordnungen „ohne Widerspruch Folge zu leisten“ sei. Hiergegen protestieren die Geistlichen mit aller Entschiedenheit. Sie empfinden es als eine unerhörte Zumuthung, daß die Kreisschulinspectoren, die zum Theil „Männer ohne akademische Bildung“ sind, ihnen übergeordnet werden sollen. Dem Cultusminister wird in einer Zuschrift an den „Reichsboten“ die Frage vorgelegt: „Quousque tandem abutere patientia nostra?“ (Wie lange noch willst du unsre Geduld mißbrauchen?) Die Redaktion des „Reichsboten“ bezeichnet die jetzige Ortschulaufsicht als „ein bloßes Briefträger- und Vermittleramt zwischen Schulbehörde und Gemeinde, wodurch der Geistliche das Odium für alle die kostspieligen Schulausgaben, welche die Behörde verlangt, auf sich nehmen müsse“. Die Zeitung fürchtet, daß sich kein Mensch mehr zu diesem Amt hergeben werde, wenn in der „Entwertzung“ und „Entleerung“ so fortgeschritten werde. Sie verlangt deswegen eine „energetische Reaktion bei den kirchlichen und staatlichen Behörden“. Einer der von der Aufsicht über die Fortbildungsschule entbundenen Polener Geistlichen verbirgt sich bei der Forderung, daß der Ortschulinspector dem Kreisschulinspector nicht unter- sondern zu-geordnet sein müsse, auf den Cultusminister v. Puttkamer, von dem allerdings bekannt ist, daß er kein Freund der sachsenmännischen Schulaufsicht war.

Man darf gespannt sein, wie Herr Dr. Bosse sich zu diesem Ereignis stellen wird. Sollte der Minister den Ansprüchen der Geistlichen entgegenkommen und die Befugnisse der Kreisschul-inspection nach ihren Wünschen einschränken, so würde damit der ganze durch das Schulaufsichtsgesetz geschaffene Fortschritt beseitigt sein. Der Kreisschulinspector wäre dann nichts mehr als ein Beamter, der die nötigen Bureauarbeiten zu besorgen hätte.

In den Wünschen, die Kreisschulaufsicht in dieser Weise einzuziehen, treffen die Geistlichen beider Konfessionen zusammen. Auch in Centrumsblättern werden die hauptamtlichen Kreisschulinspectoren mit aller nur möglichen Gering-schätzung behandelt, und nicht selten schlechtweg als „Guballernbeamte“ bezeichnet.

Es ist als sicher anzunehmen, daß in der jetzigen Session des Landtages eine Schulaufsichtsdebatte großen Stils geführt werden wird, und es ist nicht abzusehen, welchen Verlauf diese nimmt. Wenn Herr Dr. Bosse sich dazu dequemen würde, den unter seiner Verwaltung so stark vermehrten geistlichen Ortschulinspectoren die von ihnen beanspruchte Stellung einzuräumen, so wären wir im Jahre 1899 glücklich wieder an dem Punkte angekommen, an dem wir vor dem Eintritt Falks in das preußische Cultusministerium standen. Wie fürchten zwar nicht, daß Herr Bosse alle diese Wünsche ohne weiteres zu befriedigen geneigt ist, aber das Entgegenkommen des Ministers den Geistlichen gegenüber ist doch so groß, daß die Schule ernstlich gefährdet erscheint. Die liberalen Parteien haben

deswegen jetzt, wie kaum jemals, die Pflicht, wachsam die Angriffe der Reaction zu verfolgen und mit aller Kraft abzuwehren. Es ist insbesondere zu beachten, daß die durch die Verwaltung geschaffenen Zustände für ein später zu erlassendes allgemeines Schulgesetz von Bedeutung sind. Wir sind schon jetzt den im Edelhütchen Schulgesetzentwurf enthaltenen Forderungen deutlich näher gekommen, und die an dieser Entwicklung interessirten Parteien werden den Minister zu immer weiteren Zugeständnissen drängen, wenn nicht aus den liberalen Reihen einstimmig der Ruf erhoben wird: „Bis hierher und nicht weiter!“

Politische Uebersicht.

Danzig, 23. Januar.

Reichstag.

Berlin, 21. Januar.

Bei der heute fortgesetzten Debatte über den Stat des Reichsams des Innern beteiligten sich die Abg. v. Garlinski (Pole), Bielhaben (Antis.), Wiemer (frei. Volksp.), Schrempf (cons.), Rösche (lib.), Dertel (soc.), Prim Schönaich-Carolath (nat.-lib.), Stumm (Reichsp.), Görner (frei. Vereinig.) und Staatssekretär Poladowitsch.

Letzterer bestreit, daß der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Bödicker, aus dem Amt geängt worden sei. Aus den Akten geht hervor, daß der Staatssekretär Bödicker, der sein Rücktrittsgesuch mit nervöser Abspannung begründete, dringend aufforderte, zunächst einen längeren Urlaub zur Kräftigung seiner Gesundheit nachzusuchen, den er nachdrücklich zu unterstützen bereit sei. Trotzdem habe Bödicker sein Entlassungsgesuch aufrechterhalten. Ferner erklärte Redner u. a.: Die Julaffassung der Frauen zum ärztlichen Berufe werde durch eine in Vorbereitung befindliche Bundesratsvorlage beabsichtigt, welche eine Vereinbarung dazin herbeiführen soll, daß die Immatrikulation nicht mehr unbedingte Voraussetzung zu den medizinischen, zahnärztlichen und pharmaceutischen Prüfungen und zur Approbation ist.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 21. Januar.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses, über deren ersten Theil wir bereits in der Sonntagnachricht berichtet haben, dauerte sechs Stunden. An der Generaldebatte über den Stat beteiligten sich außer dem Abg. Richter und Finanzminister Miguel noch der Cultusminister Dr. Bosse sowie die Abg. Limburg-Eitrum (Reichsp.) und Gattler (nat.-lib.). Zu einer ganzen Reihe actueller Fragen, die behandelt wurden, gehörten auch die dänischen Ausweisungen, welche man freilich mit Rücksicht auf die eingebrachte Interpellation nur streifte. Beide Minister erfreuten sich reichen Beifalls von der rechten Seite des Hauses. Cultusminister Dr. Bosse hat man selten so pathetisch, leidenschaftlich, ja beinahe erregt sprechen hören. Was die Akustik antrieft, so haben sich die aufgetauchten Beiprägnisse, nach den Erfahrungen der heutigen Sitzung, als unbedeutend herausgestellt. Der letzte Redner, Abg. Gattler, war weniger gut zu verstehen; das lag aber nur daran, daß er den Tribünen hartnäckig den Rücken zukehrte und daß ferner bei der großen Unruhe im Hause viele seiner Aufführungen verloren gingen.

Bis tief in die Nacht hinein saßen nach diesem Vortragsabend Fräulein Völkers und ihre Genossinnen noch beisammen — Josefine mitten unter ihnen. Mehr und mehr fühlte sie sich ergriffen von dem Strudel dieses neuen, frischen möglichen Gedankenkreises, ja, hier waren noch lockende Aufgaben, Lebenszweck, Arbeiten, Möglichkeiten, seiner selbst und des Lebens froh zu werden!

Nicht wahr, es ist doch der Mühe wert?“ fragte Emma Völkers, als sie die Freundin durch die klare Stille Sommernacht heimgeleitete.

Ein warmer Händedruck war die Antwort.

„Ich habe einen Plan“, sagte Josefine, „aber den erfahren Sie erst morgen. Ich muß erst mit mir ins Reine kommen.“

Und am folgenden Tage, als nach Schluss der letzten Sitzung Fräulein Völkers der jungen Frau ihren Abschiedsbesuch mache, fand sie dieselbe vor ihrem Schreibtisch sitzend ganz vergraben in Broschüren, Nummern der „Neuen Frau“ und engbeschriebenen, sehr dilettantisch aussehenden Manuskripten. Verwirrt sprang sie auf als die Besucherin eintrat.

„Nun?“ fragte diese lächelnd, mit einem Blick auf den papierenen Wierwarr, „das sieht ja aus, als ob ich von einer Collegin käme?“

Josefine erröhte und wollte zuerst nicht mit der Sprache heraus. Aber dann sah sie sich ein Herz — die Freundin mußte ja doch ihren Plan erfahren. Und nun gestand sie der Schriftstellerin, daß sie früher oft kleine literarische Versuche gemacht hätte, „nur ganz für mich allein, zum Vergnügen, wissen Sie, Kieselkissen, Blaudereien, Novellen. Manchmal las ich es auch meinen nächsten Freunden vor und sie meinten alle, ich hätte Talent. Ich habe es aber nie ernst genommen. Nun ist mir aber — lachen Sie mich bitte, bitte, nicht aus! — beim Durchlesen dieser Zeitschrift, die mich so interessiert, wie ich's Ihnen garnicht sagen kann, der Gedanke gekommen, ob nicht doch vielleicht — ob ich —“

„Ob Sie nicht den Beruf zur Schriftstellerin in sich tragen?“, vollendete die andere. „Ach Kindchen, liebste kleine Frau, glauben Sie's mir, diese Idee ist der Anfang von vielen herben Entzündungen! Mir tut jeder leid, der zum ersten Mal die Hand ausstreckt nach der bittersüßen Frucht, Ruhm genannt!“

„Oh, den lache ich nicht. Wenn Sie das glauben!, widersprach Josefine lebhaft. „Nein,

Geschenke - Kaufladen
Kutterbagergasse Nr. 4.
Die Expedition ist zur Abnahme von Interaten Vormittags von 8 bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet.
Kaufladen-Annoncen-Agentschaften in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stuttgart, Leipzig, Dresden u. c.
Rudolf Wolf, Haasenfeld und Vogler, R. Steinze, G. v. Taube & Co.
G. v. Taube & Co.
Gute Adressen.
Immerente für 1 halbjährige Seite 20 Pr. Bei größerem Auftragen 10 Pr. Wiederholung 5 Pr.
Rabatt.

Nur Weib.

Von Klaus Rittland.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

20)

„Nun, Sie sehen ja so unzufrieden aus!“ redete Dr. Emma Völkers Josefine an, als sie Nachmittags auf dem Wielandsplatz mit ihr zusammentraf. Hier hatten sich die Congregationalists ein Stelldichein gegeben, um einen gemeinsamen Spaziergang nach Schloss Belvedere zu unternehmen. Josefine gestand, daß der heutige Vortrag ihren gestern Abend erregten Erwartungen nicht entsprochen hätte. „Ah so, die Schlütermann hat Ihnen nicht imponirt, kann's mir denken“, versetzte die andere lächelnd, „ja, das sind so wunderliche Raupen. In der Sache selbst, die Sie sich zur Lebensaufgabe stell — ach Gott, da hat sie ja tausendmal Recht. Aber ich glaube ja auch nicht, daß sich hier etwas durch weibliche Massenoperationen machen läßt. Da muß von innen heraus, durch Familieneinfluss gewirkt werden. Sonst ist die Schlütermann aber ein vor treffliches Geschöpf, nimmt's blutig ernst, opfert sich total auf, scheut weder Mühe, noch Geldopfer, noch Lächerlichkeit. Na, heute Abend sollen Sie entzückt werden, Liebste. Lassen Sie sich durch solche kleinen Auswüchse nicht verblüffen. Sehen Sie, das finden Sie bei jeder großen, neuen Geistesströmung. Irgendwo schlagen die Wellen immer über das Ufer. Thut aber nichts; sie treten schon von selbst wieder zurück und lenken schließlich ganz regelrecht in das neue Bett ein. Ich habe das bestimmt Gefühl, liebe Freundin, Sie schwören doch noch einmal zu unserer Fahne!“

Ich war alle versammelt und die Expedition ging vorwärts. Josefine sah sich dem Juge als eine der letzten an. Langsam, einer großen buntschillernden Riesenschlange gleich, bewegte sich die weibliche Schaar vorwärts, die in sanften Wellenlinien aufsteigende Belvederer Allee hinan. Fräulein Völkers gesellte sich bald diesem, bald jenem Trupp zu, kehrte aber immer dazwischen wieder an Josefines Seite zurück, die sich jetzt fast noch isolierter fühlte als in der Vormittagsstunde und gar nicht begriff, was diese Frauen alle so eifrig miteinander zu besprechen hatten. Das war ein Blaudern und Lachen raussumber,

ein Erzählen und Discutiren, ein Geschäftesel und Wichtigthum. Gestern Abend hatte Josefine sich noch so gefreut an diesem lebendigen Feuerfeuer — heute konnte sie ein häßliches, flausiges Gefühl nicht los werden; die ganze „große Sache“ kam ihr vor wie eine dumme Farce — und als den Blick so über die bunte Riesenlange gleiten ließ, legte es sich auf ihre Seele wie ein Alpdruck; sie stellte sich vor, was das wohl für eine Welt sein müßte, wo die Frauen sich den Männern so als festgeflossene Phalang gegenüber stellten, ihrer nicht mehr bedurften, stark und selbstständig, frei im Leben dastünden wie sie — und diese Welt kam ihr plötzlich so kalt und nüchtern vor, als ob der Traum, das Frühlingssehnen, die Jugendthorheit hier keinen Raum mehr hätten, als ob alles Süße, Zarthe, Heimliche verschwinden müßte.

Und dennoch sollte Dr. Emma Völkers Recht behalten. Noch an demselben Abend, als Josefine einem jündenden, sachverständigen Vortrage der Redacteurin Frau Professor Ungar über „das Elend der Confectionarsarbeitelinen“ lauschte, trat jene trübe, kleinmütige Stimmung gänzlich in den Hintergrund ihrer Seele zurück. Was wollten diese sentimental Regungen, diese schwächlichen Bedenken heißen in einer Zeit, die sie erfüllt war von bitterem Elend, harter, verzweifelter Not? Diese Not konnte, wie Frau Ungar ausführte, nicht gehoben werden durch die althergebrachten, guigemeinten Wohlthätigkeitsinrichtungen, sondern mußte Kraftstoß und Kühn an der Wurzel gepackt werden! Josefine sah nachdenklich, tief erschüttert, noch lange nachdem die Rednerin geschlossen; zum ersten Male in ihrem Leben hatte sich die sociale Frage vor ihrem inneren Auge aufgerichtet in ihrer ganzen furchtbaren Bedeutung. Lohnverhältnisse, Arbeitserorganisationen, Streiks, das waren sie jetzt Begriffe gewesen, die ihr so fern gelegen hatten, die eine ganz andere Menschenart angingen, über die man sich nicht weiter den Kopf zerbrach. Ein Streik war etwas Abscheuliches, Revolutionäres, Beängstigendes — man empörte sich, wenn man darüber in den Zeitungen las — und nun? Nun wurde die Sache der Arbeiterinnen allen warmfühlenden Frauen ans Herz gelegt als ihre eigenste wichtigste Angelegenheit! Die vornehmsten Damen hätten in England die Streikenden unterstützt, behauptete Frau Ungar — war das glaublich? Eine neue Welt!

Finanzminister v. Miguel verteidigt im weiteren Verlauf seiner Rede (den Anfang cf. Abendblatt) das angekündigte Gesetz betreffend die Besteuerung der Waarenhäuser. Die Lage der Landwirtschaft sei noch immer eine schwierige. Der Minister sucht des Bedürfnisses für den Fonds von 2½ Millonen zu Stellenzulagen für die Beamten darzutun und berührt die norddeutsche Affäre. An den Gegenseitigen in den nationalen Landesteilen sei die Regierung doch nicht schuld, im Gegenteil, sie habe die antideutsche Agitation immer ruhig gehen lassen, bis die Dreifigheit so groß geworden sei, daß das Deutschland jetzt sehr Abwehrstreiten müsse. Solche nationalen Fragen seien in Parlament und in der Presse gegenüber dem Auslande nicht so behandelt, wie es geschehen, das werden wir erst noch lernen müssen. Alle anderen Nationen seien uns darin weit voraus.

Abg. Graf Limburg-Eitrum (cons.) erklärt das Einverständnis der Conservativen mit der Miguel'schen Finanzpolitik, dankt dem Minister Thielen für die Beleistung des Wagenmangels und dem Minister vom Hammerstein für seine Reise im Reichstage und wünscht auch das Auswärtige Amt möge auf den Schuh der Landwirtschaft bedacht sein, wie unter dem Fürsten Bismarck, der selber Landwirt gewesen. An die Kanalbauten würden die Conservativen nur mit größter Vorsicht herantreten. Sie stehen einmütig hinter der Politik des Bismarcktreu bleibend.

Cultusminister Dr. Bosse betont, daß er die Regelung der Schulunterhaltungspflicht für dringend wünschenswert halte, doch aber mit Rücksicht auf die aus dem Lehrerbefolzungsgesetz resultirende weitgehende Verschiebung des Schuldlasten und auf die Durchführung des Diarier- und Lehrerbefolzungsgesetzes davon abgesehen wurde, mit einer solchen Vorlage schon im laufenden Session vorzugehen. Der Minister rechtfertigt sein Verhalten in Sachen des jüdischen Lehrerinnen und Schülerinnen in Berlin und bestreitet, daß der Fall Delbrück auf dem Gebiete der Lehrerfreiheit liege; es handle sich vielmehr um das Beamtenrecht und einen Beamtenfall. Delbrück mahnte Kritik der Ausweisungen habe das Disciplinarverfahren nötig gemacht im Interesse der Autorität der Regierung gegenüber dem Inlande und Auslande.

Auch Abg. Sattler (nat.-lib.) erörtert den Fall Delbrück, den er als Politiker nicht ernst nehmen will. Redner billigt ganz und gar die Dänenausweisungen unter scharfen Angriffen auf den Abg. Richter und den Abg. Biell (wegen des Circulars an die dänische Geschäftswelt).

Berlin, 23. Januar.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung des Stats fort. Auch der Reichskanzler war anwesend. Als erster Redner spricht Eisenbahnaminister Thielen.

Redner hält eine Trennung der Staatsfinanzen vom Eisenbahnbudget nicht für ratsam. Der Minister glaubt, er werde noch vor den Osterferien die Kanalbauvorlage einbringen können, deren warmer Befürworter er ist.

Abg. v. Strombeck (Centr.): Man werde prüfen müssen, ob nicht an Stelle der discretionären Verwendungen von Geldern für Beamte gesetzliche treten sollen. Redner behauptet das pluto-kritische Wahlrecht und beruft dann die Ausweisung von Dänen aus Norddeutschland, welche das Centrum lebhaft beobachtet. Das Centrum werde in dieser Hinsicht bei der Beprüfung der Interpellation über die dänischen Ausweisungen noch ein kräftiges Wörtchen mitreden. Es sogar den Eltern die Entziehung des Erziehungsrechtes angedroht worden. Der Besuch dänischer Schulen bekunda-

aber noch nicht eine deutschfeindliche Gesinnung. Redner erinnert an die Zeit, wo man das Centrum als „national“ und „reichsförmig“ verächtigte habe. In der Entwicklung des Erziehungsrechtes aus nationalen Gründen liege eine Gefährdung des Erziehungsrechts aller Eltern.

Finanzminister v. Miquel hofft, das Centrum werde sich von der Notwendigkeit der Ausweisungen überzeugen lassen. Er wolle sich heute darüber nicht äußern, aber das Material, das er bei Beprägung der Interpellation vorlegen werde, sei schon heute vollständig und aus demselben ergebe sich die Notwendigkeit der Regierungsmassnahmen.

Minister des Innern v. d. Recke spricht den Abg. Graf Limburg-Stein und Sattler namens der Staatsregierung für ihre Auslassungen zu Gunsten der Ausweisungen den Dank der Regierung aus. Redner erörtert darauf die Frage des conservativen Parteiuunternehmens gegen die Nationalliberalen in Hannover. Der Minister giebt die Versicherung, daß er der Sache persönlich ganz fern stehe und die Beamten nicht angewiesen habe, die nationalliberale Partei zu bekämpfen. Bezuglich der Nachbelästigung des Bürgermeisters Kirschner bestreitet Redner, daß zwischen der Nichtbestätigung und dem Beschluss über den Friedhof der Märtyrfallen irgend ein Zusammenhang besteht. Durch eine besondere Verkettung von Umständen sei die Bestätigung an allerhöchster Stelle hinausgeschoben worden. Die Entscheidung über den Friedhof der Märtyrfallen sei demnächst zu erwarten. Redner verteidigt sodann den Schieferlaß, der nichts anderes sei als eine gesetzliche Bestimmung. Die Schiefervorschrift sei gegenüber den frivolen Ersuchen das einzige richtige Mittel, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Davon lasse er sich troh der schneidigen und sentimental Angriffe Richters nicht abbringen. Bezuglich des Bombenattentats erklärt Redner, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Tagen den Verhören in Ancona der Prozeß gemacht werde. Richters Feuer sei nur ein Raketenfeuer. (Beifall). Das Haus sagt weiter.

Zu den Vorgängen auf Samoa.

Berlin, 21. Jan. Ueber die Unruhen auf Samoa liegen noch folgende weitere Meldungen vor: Während des Kampfes bei Apia am 1. Januar landete das englische Kriegsschiff „Porpoise“ eine Abtheilung bewaffneter Matrosen, die zunächst die Wohnung des amerikanischen Oberrichters, etwa eine halbe Stunde südlich von Apia gelegen, und demnächst in Apia die am Grande gelegene Londoner Missionsstation besuchten. Hierher flüchtete Tanu und seine Partei unter den Schuh der englischen Truppen, bis deren Wiedereinschiffung erfolgte. Bei dieser Gelegenheit begaben sich Tanu, Tamasea und der Oberrichter Chambers an Bord der „Porpoise“. Als dann stand auch ein Theil der Partei Tanu längsseits des Kriegsschiffes Schuh, wobei die Flüchtlinge zur Auslieferung der Waffen veranlaßt wurden. Der Rest der Partei Tanu wurde von den Gegnern auf der Halbinsel Malinu bei Apia gefangen genommen. Mataafa selbst beteiligte sich an den Kämpfen nicht. Das deutsche Kriegsschiff „Falk“ griff nicht in die Hände der Einwohner ein.

Die in der auswärtigen Politik meist gut informierte „Nat.-Itg.“ schreibt: Ohne Zweifel werden die drei Regierungen durch telegraphische Instructionen dafür sorgen, daß es unter ihren Vertretern auf Samoa nicht zu weiteren Zusammenstößen kommt, so daß die Kriegsschiffe die gemeinsame Aufgabe erhalten, für Ruhe und Ordnung unter den Einwohnern zu sorgen.

Der deutsche Botschafter v. Holleben überreichte am Sonnabend in Washington dem Staatssekretär Hay zwei wichtige aus Berlin eingegangene Depeschen und hatte hieran anschließend eine lange Unterredung mit demselben. Die Depeschen enthielten eine ausführliche Darstellung der letzten Vorgänge auf Samoa vom deutschen Standpunkte aus, der sich in vielen wesentlichen Einzelheiten von den bisher veröffentlichten Darstellungen unterscheidet. Nach der Conferenz zwischen dem Botschafter und dem Staatssekretär äußerte, wie das „Reuter'sche Bureau“ meldet, eine Persönlichkeit in hoher diplomatischer Stellung, das Ansehen, das die Angelegenheit neuerdings angenommen habe, lasse eine friedliche Beilegung derselben möglich, ja sogar wahrscheinlich erscheinen. In maßgebenden amerikanischen Kreisen wurde positio erklärt, daß bis am Sonnabend Mittag weder von den Vereinigten Staaten allein, noch in Verbindung mit England ein Protest erhoben worden sei. Es kann sicher behauptet werden, daß, wenn die über die Vorhommisse veröffentlichten Berichte den Thatsachen entsprechen, die Handlungen Dr. Rassels und des General-Consuls Rose nicht das Ergebnis von Instructionen aus Berlin waren. Man ist der Ansicht, daß diese Handlungen, so weit sie eine Vertragserledigung einschließen, nicht die Billigung der deutschen Regierung finden werden.

Europa und die Union.

Die conservative „Aeuzug.“ bemüht sich zwar, die Entscheidung des amerikanischen Reichshofes bezüglich der Berechnung der Einführwerthe als eine besondere, gegen die deutsche Einführung gerichtete Chikan darzustellen, aber sie erkennt hinterher doch an, daß diese Bestrebungen auf die Beschränkung der europäischen Einführung gerichtet sind und bemerkt dazu, auch in anderen europäischen Staaten, wie in Österreich-Ungarn und Italien, empfinde man die Europäinföldlichkeit der nordamerikanischen Republik auf handelspolitischem Gebiet und habe schon wiederholt die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der befreien Länder zu gemeinsamer Abwehr betont. Den einzigen Anhaltspunkt für eine solche zollpolitische Action des Dreibundes gegen die Vereinigten Staaten bildet unseres Wissens die bekannte Rede, welche Graf Goluchowski vor etwa zwei Jahren in einem Exposé über die auswärtige Politik in dem auswärtigen Auschusse der Delegation gehalten hat und der den Gedanken eines Zusammenschlusses der europäischen Staaten gegen die Vereinigten Staaten auf dem handelspolitischen Gebiete in die Discussion warf. Bei der Abneigung der maßgebenden Kreise Österreich-Ungarns gegen handelspolitische Actionen, die dahin geführt hat, daß schon manche günstige Gelegenheit verpaßt wurde, hat der Goluchowski'sche Gedanke selbst im eigenen Lande wenig Anklang gefunden, so daß es deutscherseits außerordentlich gewagt sein würde, den Verzug zu machen, auf dem Wege des europäischen Zollkrieges zu einer befriedigenden Ausgestaltung des handelspolitischen Verhältnisses mit der nordamerikanischen Republik zu gelangen. Ein Unternehmen dieser Art würde nicht von der Theilnahme Österreich-Ungarns und Italiens abhängen, sondern vor

allem von der Vorfrage, ob der wichtigste Concurrent Deutschlands auf dem amerikanischen Markt, nämlich England, zur Wirkung gezeigt sei. Die Frage aufzuwerfen, heißt, sie zu verneinen. Der Vorschlag der „Aeuzug.“ würde demnach auf eine freiwillige Continentalsperrre hinauslaufen.

Im übrigen scheint die „Aeuzug.“ noch keine Kenntnis davon genommen zu haben, daß trotz aller Erschwerungen der Werth der Ausfuhr Deutschlands nach den Vereinigten Staaten im letzten Quartal 1898 um mehr als 3 Millionen Dollars höher geworden ist, als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. So lange die deutsche Ausfuhr nach Amerika sich in fortwährender Richtung bewegt, werden die guten Rathschläge, zur Förderung der Ausfuhr einen Zollkrieg in Scène zu sehen, keinen Anklang finden.

Der Aufstand im Congostaat.

Brüssel, 23. Jan. Der „Patriot“ spricht in einem Artikel über den Congo von neuen Kämpfen mit den Aufständischen, bei welchen europäische Offiziere und zahlreiche Soldaten getötet wurden. Die Aufständischen am Mongallaschlucht hätten durch die benachbarten Stämme Verstärkungen erhalten, sie seien im Besitz zahlreicher Gewehre und Patronen. Ein Theil der Wahrheit werde verschwiegen. Die Verluste seien beträchtlicher als man mittheile. Der ganze Landstrich, der zwischen dem Zusammenlauf des Ubangi mit dem Congo und dem Tanganiakasee liege, sei in höchster Gefahr begriffen. Die Aufständischen in Luluaburg seien noch nicht vernichtet, sondern schenken den Kampf fort. Die Truppen schien weitere Aufstände zu fürchten, da das Ansehen der Europäer sehr erschüttert sei.

Die Versorgung der hinterbliebenen der Volksschullehrer.

Die Ankündigung der Thronrede, daß die Regelung der Relicthenversorgung der Volksschullehrer nach dem Vorbilde des Gesetzes betreffend die Wittwen- und Waisenversorgung der unmittelbaren Staatsbeamten erfolgen solle, ist selbstverständlich in Lehrerkreisen mit Bevredigung aufgenommen worden. Zur Zeit besteht — von einigen größeren Städten, Berlin ic., abgesehen — noch das Gesetz von 1869 bzw. 1881, welches eine Mindestpension von 250 Mk. zusichert. Das, was die Regierung jetzt beabsichtigt, ist die Ausführung einer Resolution des Abgeordnetenhauses vom 26. März 1889. Wie man in Lehrerkreisen über die durch die Thronrede eröffneten Aussichten urtheilt, läßt die „Preuß. Schulz.“ erkennen. „Es ist zu erwarten, schreibt dieselbe, daß durch die Anwendung des Beamtenrelicthengesetzes auf die Volksschullehrer die leidige Frage der Versorgung der hinterbliebenen derselben nun endgültig aus der Welt geschafft werden wird. Für weitaus die große Mehrheit der Wittwen und Waisen der Lehrer tritt dadurch eine wesentliche Verbesserung ein, eine auf das Doppelte bis Dreifache gestiegene Versorgung. Allerdings stehen diesen großen Vortheilen auch gewisse Nachtheile gegenüber. Für die Lehrer besteht jetzt eine Carenzeit nicht, während sie nach dem Beamtenrecht zehn Jahre beträgt. Zum anderen wird ein nach laufenden jährlichen jüngerer Theil der weniger gut besoldeten Lehrer mit 10 bis 19 Dienstjahren eine Einbuße an Wittwen- und Waisengeld erleiden, indem die zukünftigen Bezüge hinter dem jetzigen Mindestlohn von 250 Mk. zurückbleiben. Die Lehrerchaft darf wohl erwarten, daß das Beamten-Relethengesetz ohne diese Nachtheile für sie Anwendung findet. Für die Regierung ist es nicht schwer, dies zu ermöglichen. Es stehen ihr ja die 7 Mill. Mk. aus den Lehrerwittwenkassen zur Verfügung. Diese Summe ist zum nicht geringen Theile durch die Beiträge der Lehrer selbst aufgebracht und auf Kosten der Wittwen und Waisen des Lehrerstandes in früheren Jahren capitalisiert worden. Nachdem durch Jahrzehnte die Versorgung der hinterbliebenen des Lehrerstandes eines der fraudelestigen Kapitels aus dem Gebiete der preußischen Unterrichtsverwaltung gewesen, ist nunmehr eine dauernde und befriedigende Lösung dieser Frage im Interesse der hinterbliebenen des Lehrerstandes wie der Unterrichtsverwaltung zu erwarten.“

Der Bankgesetzentwurf.

In der Begründung des dem Reichstage am Sonnabend zugegangenen, wesentlich bereits bekannten Bankgesetzentwurfs heißt es, daß gegenwärtig zu einer durchgreifenden Änderung im Bestande der Reichsbank kein Anlaß vorliege, da die durch das Bankgesetz geschaffene Organisation in langjähriger Geltung ihrer Ausgabe vollkommen genügt. Dagegen empfiehlt es sich, die der Reichsbank zur Verfügung stehenden Mittel in dem Maße zu verstärken, daß den in den letzten Jahren gestiegenen Verkehrsbedürfnissen, deren weitere Steigerung noch erwartet werden darf, in vollem Umfang genügt werde. Deshalb nimmt der Entwurf eine Verstärkung des Grundkapitals, Reservesonds und eine Erhöhung des steuerfreien Notencontingents in Aussicht, sucht ferner eine einheitliche Handhabung der Discontopolitik zu sichern, erstrebt eine erweiterte Beleihung des Reichs an dem Geschäftsgewinn der Reichsbank, regelt das Verhältniß der Reichsbank zu den noch umlaufenden Noten der vormaligen preußischen Bank und enthält endlich die dem Bedürfnis entsprechende Bestimmung über den Lombardverkehr.

Die Lage auf den Philippinen

scheint viel von ihrer Schärfe verloren zu haben. Vielleicht hat die Ernennung der amerikanischen Commission für die Philippinen sehr viel zur Verhüllung der Filipinos beigetragen. Über diese Commission wird in autoritativen Kreisen in Washington versichert, daß sie keine Executive gewalt haben, sondern lediglich ein beruhigender Körper im vollen Sinne des Wortes sein wird; doch könnten Dewey und Otis die von der Commission festgesetzte Politik zur Ausführung bringen, jeder in seiner amtlichen Eigenschaft als Commandant der See- bzw. Land-Streitkräfte. Im übrigen hat sich eine Landung der Amerikaner auf einer der Inseln ganz glatt vollzogen. So ist in Washington eine Abschmelzung des Generals Otis aus Manila eingetroffen, nach welcher die Expedition des Generals Miller auf der Insel Guimaras, drei Meilen von Ilo-Ilo, gelandet ist, ohne auf Widerstand zu stoßen. Man hatte es nicht für ratsam gehalten, von der Expedition nach Manila zurückzukehren, ohne ge-

landet zu sein, weil man fürchtete, die Einwohner auf Luzon würden sonst der Meinung sein, daß die Amerikaner durch die Filipinos in Ilo-Ilo zurückgeschlagen worden seien.

Auch der Senat, der in Washington wieder zusammengetreten ist und u. a. die Nicaraguabill angenommen hat, beschäftigte sich in den letzten Tagen mit der Situation auf den Philippinen. Es wurde ein Bechlukantrag angenommen, der von Cassery eingebrochen war und an den Präsidenten Mac Kinley das Eruchen stellt, von allen Schriften, welche die Republik der Filipinos und die Ausdehnung der unter Kontrolle der letzteren wie auch unter amerikanischer Kontrolle stehenden Gebiete betrifft, Abschriften vorzulegen. Cassery führte aus, daß diese Thatsachen grundlegenden Werth für die Ratifikation des Friedensvertrages hätten. Schließlich hat die Regierung der Vereinigten Staaten der spanischen Regierung mitgetheilt, daß sie sofort Schritte zur Befreiung der auf den Philippinen gefangen gehaltenen Spanier einleiten wird. Nach diesen

Labuan (Insel bei Nord-Borneo), 23. Jan. Der Dampfer „Labuan“, welcher hier aus Port Royal auf Palawan (Insel der Philippinen-Gruppe) eingetroffen ist, bringt die Meldung, der spanische Gouverneur und seine Offiziere seien beim Verlassen der Kirche von Eingeborenen ermordet worden und diese hätten sich sodann in die Berge zurückgezogen, wohin sie Weiber und Kinder, sowie einige Männer als Gefangene mitgeführt hätten. Ein spanisches Kanonenboot und ein Postdampfer seien zur Hilfe herbeigerufen worden, hätten den Platz aber wieder verlassen. Der Capitän des „Labuan“ berichtet, daß sich die Gemahlin des spanischen Gouverneurs und die übrigen Gefangenen in Sandakan im British Northborneo in Sicherheit befinden.

Deutsches Reich.

Berlin, 23. Jan. Eine vom Gewerkschaftsausschuß einberufene öffentliche Volksversammlung von 2000 Personen hat gestern in Veranlassung des Gehörstreiks am „Berliner Lokalanzeiger“ die Boykottierung dieses Blattes beschlossen.

Berlin, 23. Jan. Der zweite allgemeine preußische Städteitag wurde Vormittags im Rathause eröffnet, wou 79 Städte geladen waren. Auf der Tagesordnung standen der Gesetzentwurf betreffend die Verhältnisse der Communalbeamten, Fleischversorgung der Städte und Schuh des Kleingewerbes gegen die Waarenhäuser.

„[S]on der Budgetcommission des Reichstages“ erklärte am Freitag bei Berathung des Etats des Reichseisenbahnamtes der Unterstaatssekretär Aschenborn die Gehaltsaufbesserung der Eisenbahnamen in Preußen und im Reiche für abgeschlossen. Nur für Stellenzulagen seien im preußischen Staat noch 250000 Mk. neu eingesetzt. Ein entsprechender Posten für das Reich werde im Nachtragsetat oder im nächsten Etat seinen Platz finden müssen. Minister Thielen stellte auf Anregung des Abg. Müller-Sagan die Einführung der Bahnsteigperrone auch auf den Reichseisenbahnen in Aussicht und versprach Verbesserungen der Beleuchtung. In Betreff der elektrischen Beleuchtung lasse sich noch nicht ein abschließendes Urteil fällen, die bisherigen Versuche seien nicht ermutigend. Aelphens versprechen gute Erfolge. Wahrscheinlich werde Preußen in großem Maßstabe mit dieser Beleuchtungsart vorgehen. Ueber die Tarifreform schwelen Verhandlungen mit den Bundesstaaten. Sie sei nur auf der Grundlage einer Vereinbarung und ohne wesentliche Beschränkung der Einnahmen möglich. Für Kilometerfeste schwärmt der Minister nicht. Die üblichen Klagen der Conservativen gegen die billigen Personentarife brachte diesmal Graf Stolberg vor. Geheimrat Wackerbarpp machte geltend, daß in Frankreich die Tarifreform einen Gesamtaufschuß von 21 Millionen Mark für den Fiscus ergebe, also nicht die Verkehrssteigerung den Aufschuß weit gemacht habe. Auf die Frage des Abg. Paasche, warum auf den Bahnkörpern und Güterböden nicht das Spurkastlicht verwendet würde, antwortete der Minister, daß die Dörche verhorzen, die Versuche sollen aber fortgesetzt werden. Das Ordinarium des Etats des Reichseisenbahnamtes wurde unverändert bewilligt.

„[Von den deutschen Gewerksvereinen.] Der Centralrat der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) hat in Ausführung des einstimmig gesetzten Beschlusses des 18. Verbandstages der Gewerksvereine zu Magdeburg vom 2. Juni 1898 folgende Petition betreffend die Verbesserung des Gewerberichtsgesetzes vom 29. Juli 1890 an den Reichstag gerichtet:

Der hohe Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst eine Novelle zu dem Gesetz betreffend die Gewerberichtsgerichte vom 29. Juli 1890 vorzulegen, durch welche 1) Gewerberichtsgerichte für alle Gemeinden bzw. Bezirke mit entwickeltem Gewerbebetriebe obligatorisch eingesetzt werden; 2) das Wahlrecht und die Wahlbarkeit zu den Gewerberichtsgerichten auf die weiblichen Arbeitgeber und Arbeiter erstreckt werden; 3) die Gewerberichtsgerichte verpflichtet werden, auf Anrufung auch nur eines Theiles als Einigungsamt thätig zu sein und das Recht erhalten, auch ohne Anrufung Schritte zur Verhüllung oder Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten zu thun.

Die skandalösen „afrikanischen Galgenritzen“, welche der österreichisch-ungarische Consul in Zanzibar, Dr. Baumann, — dem „Gothaischen Almanach“ zufolge bekleidet Dr. Baumann diesen Posten erst seit 1896 — offenbar aus seinen früheren Beobachtungen in Ostafrika in der Wiener „Zeit“ veröffentlicht hat, beantwortet die „Staatsb.-Itg.“ mit der Veröffentlichung eines Briefes eines bekannten „Afrikaners“, der Herrn Dr. Baumann vor etwa 10 Jahren in Zanzibar kennen gelernt habe. Abgesehen von einer außerordentlich ungünstigen Auseinandersetzung darüber, wie schwer es sei, mit den „schwarzen Brüdern“ fertig zu werden, weiß dieser „Afrikaner“ aber nichts anzuführen, als daß Baumann einmal im Jahre 1888 in einem französischen Hotel in Zanzibar einen Schwarzen mit dem Afrikopfeiste in jüngster Weise bearbeitet habe. Damit wird aber der Eindruck der Baumann'schen Erzählungen kaum abgeschwächt. Sowohl dieselben überhaupt einer Widerlegung oder Nachstellung bedürfen, wird die Sache ohne Zweifel im Reichstage zur Sprache gebracht werden. Hoffentlich wird dann der Director der Colonialabteilung, Herr v. Buchholz, die Gelegenheit ergreifen und in der Lage dazu sein, eine befriedigende Auskunft zu geben.

„[Die Reichspostkartenbriefe] zu 10 Pfennig haben nicht die erhoffte gute Aufnahme gefunden.

Im geschäftlichen Verkehr werden die Karten, von denen man sich so viel versprach, fast gar nicht benutzt. Der Grund dieser auffallenden Thatsache liegt wohl in der Höhe des Postos und in der äußerst mangelhaften Herstellung der Karten. kaum zehn von Hundert der Karten sind ordnungsmäßig zu verschicken. Die Summierung ist meist so mangelhaft, daß fast jede Karte noch ein gummierter oder besonders verklebt werden muß.

„[Gegen den Mädchenthaler.] Im Juni dieses Jahres soll in London eine internationale Konferenz zusammentreten, um über die Mittel und Wege zu berathen, durch die man am wirksamsten dem Mädchenthaler Einhalt thun könne. Zu gleichem Zweck sind in Berlin eine Berathung statt, der neben Delegirten aus England auch Vertreter des Polizei-Präsidiums, des Auswärtigen Amts und andere Persönlichkeiten bewohnen. Die Kaiserin, welche dem menschenfreundlichen Plan sehr sympathisch gegenübersteht, ließ sich über den Verlauf der Berathung bericht erstatte.

Frankreich.

Paris, 21. Jan. Heute Nachmittag fand die zweite Versteigerung des Mobiliars Jolas statt, deren Ertrag dazu bestimmt ist, die 2500 Francs betragenden Kosten der ersten vor einigen Monaten vorgenommenen Versteigerung zur Bezahlung der Schreibmachverständigen zu decken. Freunde Jolas erbaten sich, die erforderliche Summe zu zahlen, doch wurde dieses Anerbieten von dem Richter abgelehnt. Bei dem ersten zur Versteigerung gestellten Gegenstände, einem Spiegel, zahlte der Verleger Jasquelle die erforderliche Summe. Etwa 100 Personen waren bei der Versteigerung anwesend.

Paris, 23. Jan. Esterhazy wird morgen vor dem Cassationshof erscheinen.

Paris, 23. Jan. Der Richter am Cassationshof, Löw, teilte einem Redacteur des „Journals“ mit, die Criminalkammer werde nach dem Verhör Esterhays sich lediglich mit der Prüfung des Verdoreaus zu beschäftigen haben. Von den Sachverständigen wird nur Bertillon nochmals vernommen werden. Die „Aurore“ bestätigt, daß Esterhazys seitens des Kriegsministeriums vom Amtsgeheimniß entbunden sei, jedoch mit der Einschränkung, nichts auszusagen, was die nationale Vertheidigung gefährden könnte.

„[Eine fidèle Revolution] hat sich soeben in San Salvador zugetragen und eine geradezu clässische Erledigung gefunden. Der Präsident Gutierrez hatte den General Regaldo soeben zum Beleibhaber der „gejagten Armee“ ernannt, als dieser Brav auf die Idee kam, er sei entschieden geeigneter, die Gehilfe San Salvadors zu lenken, als sein Auftraggeber. Gedacht, gethan. Er ging in die Kaserne, lud seine Offiziere zu einem gemütlichen Frühstück, entwickelte ihnen die Vortheile, welche auch für sie aus einem solchen Arrangement erwachsen und sandt allgemeine Zustimmung. General Regaldo trat darauf ans Telefon, rief Herrn Gutierrez an und teilte ihm kurz mit: „Sie sind nicht mehr Präsident. Alle Bataillone haben sich für mich erklärt.“ Gutierrez verstand die Mittheilung und verschwand zur selbigen Stunde nach Honduras. Eine Revolution durch's Telefon, das ist fin de siècle!

Der Prozeß Harden-Delbrück.

Berlin, 21. Januar. Der Prozeß, welcher bereits einmal verlagt wurde, gelangte heute vor dem Schöffengericht am Amtsgericht Berlin I abermals zur Verhandlung. Die Vorgeschichte dieses Beleibungsprozesses ist folgender Art: Professor Delbrück hatte in einer Beurtheilung über Lampreths „Deutsche Geschichte“ in den „Preußischen Jahrbüchern“ dem Professor Dr. Lamprecht in Leipzig den Roth gegeben, seine Professur niederzulegen und in die Redaktion der „Zukunft“ einzutreten. — Professor Lamprecht erwiderte in der „Zukunft“: „Dieser Schmuckreiche nicht an ihn heran.“ Darauf antwortete Professor Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern“ und warf Harden vor, eine Insamie begangen zu haben, indem er ausdrücklich erklärte, er meine damit eine ehrenrührige Handlungweise. Als Harden dann Beweise verlangte, erklärte Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern“:

„Auf die Beschuldigung einer ehrenrührigen Handlung antwortet man nicht, indem man Beweise verlangt, sondern indem man klagt.“ Dies veranlaßte Harden, gegen Delbrück die Beleibungsfrage anzureihen. Der Vorwurf der Infamie wird von Professor Delbrück damit begründet, daß Harden ihn in einem Artikel als eine „kläglich komische Figur“ hingestellt und gesagt haben soll, daß er ihn

Zu einer eigentlichen Verhandlung kam es nicht, da noch die Ladung weiterer Zeugen beantragt wurde. In der heutigen Verhandlung waren außer den beiden erwähnten Zeugen geladen: Staatsanwalt Dr. Granier, geb. Ober-Regierungsrath Dr. Heinrich Roser, Dr. Theodor Rüttelhaus, Dr. Ainhel, Dr. Franz Mehring u. a.

Berlin, 21. Januar. Im Prozeß Horden-Delbrück zogen der Kläger und Widerkläger nach längerer Verhandlung ihre Strafanträge zurück und übernahmen jeder die Kosten für die Klage und Widerklage.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 23. Januar.

Wetteraussichten für Dienstag, 24. Januar, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Meist bedeckt, Niederschläge, feuchtkalt. Starke Winde.

* [Zum Sommerdienst der Flotte.] Eine Aktivierung der Danziger Panzerkanonenboot-Reservedivision, mit Ausnahme der im Dienst gehaltenen Stammschiffe, ist für das diesmalige Sommerhalbjahr vom Oberkommando der Marine nicht in Aussicht genommen.

* [Panzer-Kanonenboote.] Als Flaggschiff der hiesigen Reserve-Division soll im bevorstehenden Sommerhalbjahr das Kanonenboot „Natter“ eingesetzt werden.

* [Bureauvorsteher Wilke.] Heute Morgen stand nach längerem Leiden der den Dienstjahren nach älteste Bureaubeamte der städtischen Verwaltung, Herr Secretär Rudolf Wilke, im Alter von ca. 70 Jahren. Herr W. war früher eine Reihe von Jahren Secretär der Stadtverordneten-Versammlung. Nachdem er dann zum Vorsteher des III. Magistrats-Bureaus ernannt worden, blieb er noch längere Zeit Protokollführer der Versammlung, bis sein geschränkter Gesundheitszustand ihn zum Bericht auf dieses Nebenamt nötigte. Seine Obliegenheiten als Bureau-Vorsteher verschaffte er noch bis vor acht Tagen, wo die zum Tode führende Krankheit ihn ans Bett fesselte.

* [Zur Verhaftung des Redakteurs von Palejski.] Am 27. Dezember wurde bekanntlich der Redakteur der hier in polnischer Sprache erscheinenden „Gazeta Odanska“ wegen eines Artikels über den Fürsten Bismarck vom hiesigen Schöfengericht auf Grund des bekannten Unfugsparagraphen des Strafgesetzbuches zu sechs Wochen Haft verurtheilt und dabei „wegen Fluchtverdachtes in Anbetracht des hohen Strafmahnes“ sofort in Untersuchungshaft genommen. Wie s. J. mitgetheilt, verfügte auf erhobene Beschwerde die Strafkammer am 8. Januar die Freilassung. Jetzt liegt die schriftliche Ausertigung dieses Freilassungs-Beschlusses vor, aus welchem sich ergiebt, daß die Strafkammer den Beschluß des Schöfengerichtes wegen Inhaftnahme des Angeklagten den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen erachtet. Der Beschluß der Strafkammer lautet in dieser Beziehung:

In Erwägung, daß die dem Angeklagten zur Last gelegte Strafhaft nur mit Haft oder Geldstrafe bedroht ist, und in diesem Falle die Untersuchungshaft nur wegen Verdachtes der Flucht und nur dann verhängt werden kann, wenn die im § 113 St.-P.-D. weiter angegebenen Voraussetzungen vorliegen, — in Erwägung, daß gegen den Angeklagten die Untersuchungshaft war nur wegen des Verdachtes der Flucht verhängt worden ist, aber die weiteren Voraussetzungen für die Haft aus § 113 I. c. bei dem Angeklagten nicht vorhanden sind, daher die Verhaftung des Angeklagten sich gesetzlich nicht rechtfertigen läßt, wird der Beschluß des Schöfengerichtes aufgehoben.“

Nach § 113 der Strafprozeßordnung ist die sofortige Inhaftnahme eines zu Geldstrafe oder Haft Verurtheilten nur bei Landstreichen, Heimatlosen, Ausländern oder unter Polizeiaufsicht stehenden Personen zulässig.

* [Russischer Dampfer.] Der als Postdampfer dienende Seedampfer „Virgo“, der zu Kriegszeiten von der russischen Regierung auch als Kreuzer benutzt wird, traf heute früh hier ein und machte in der Motteau in der Nähe der grünen Thorbrücke fest. Die Besannung des städtischen Doppelradschraubenschiffes trägt russische Uniform.

* [Frühstücksverteilung an arme Schul Kinder.] 999 Kinder aus den Schulen Danzigs incl. Langfuhr und Schildt erhalten seit dem 16. Januar d. J. täglich $\frac{1}{4}$ Liter warme Vollmilch und $\frac{1}{2}$ Pf. Roggenbrot, nachdem die städtische Armenverwaltung die Listen der bedürftigen Kinder sorgfältig geprüft. Durch eine von dem Herrn Oberpräsidenten genehmigte Collecte sind 2000 Mk. gesammelt, über 4000 Mk. gebraucht das Comité, wenn das Frühstück circa acht Wochen gegeben wird. Freunde der Kinderwelt, die an der erwähnten Sammlung noch nicht Theil genommen, bitten das Comité zur Frühstücksverteilung um Gaben, die anzunehmen und zu übermitteln die Expedition der „Danziger Zeitung“ sich gern bereit erklärt.

* [Sonntagsverkehr.] An Fahrkarten wurden gestern im Lokalverkehr 8330 gelöst, und zwar auf den Bahnhöfen Danzig 3811, Langfuhr 1284, Oliva 634, Sopot 1031, Neukölln 218, Brösen 340, Neufahrwasser 1012. Die Personenbeförderung bejüngte sich auf den Strecken Danzig-Langfuhr auf 4234, Langfuhr-Oliva 3283, Oliva-Sopot 2488, Danzig-Neufahrwasser 2213, Langfuhr-Danzig 4396, Oliva-Langfuhr 3411, Sopot-Oliva 2503, Neufahrwasser-Danzig 2374.

* [Zweifelhafte Gerüchte.] Auf Grund von Privatnachrichten aus Aiel courtierten heute hier im Publikum Gerüchte, wonach man in Aiel wegen des zum Kreuzergeschmader gehörigen Kreuzers 2. Klasse „Kaiserin Augusta“ in Sicherheit sei. Man vermisste angeblich seit einiger Zeit Nachricht von dessen Ankunft bei den Philippinen, wo vor einigen Wochen ein schwerer Taifun geherrscht habe. Wir haben von diesen Gerüchten bisher keine Notiz genommen, weil noch nirgend etwas davon bekannt war, daß derartige Bevölkerungen in Marinakreisen aufgetaucht seien. Eine uns noch vor Schluss des Blattes von unterrichteter Seite zugegangene Nachricht erklärt den Untergang der „Kaiserin Augusta“ in Ostasien als unbegründet.

* [Weihnachtspächterei-Verkehr in Danzig.] Über den Umfang des Pächterieverkehrs während der verflossenen Weihnachtszeit in den Städten des Reichspostgebietes mit mehr als 50 000 Einwohnern liegen nunmehr die Ziffern der hier-

über vom Reichspostamt alljährlich veranstalteten Statistik vor. Danach nimmt Danzig hinsichtlich seines Weihnachts-Pächtereverkehrs unter den in Betracht kommenden Städten die 21. Stelle ein. Die Gesamtkahl der in Danzig und Vororten ausgegebenen und angekommenen Packete hat Weihnachten 1898 87243 (1897 81484) Stück betragen, davon waren ausgegeben 37936 (35230) Packete, eingegangen sind 49307 (46254) Packete, so daß insgesamt 5759 Packete mehr als im Vorjahr gewesen sind.

* [Über die Bernsteingewinnung auf Staatsrechnung] äußerte sich nach dem jetzt vorliegenden amtlichen stenographischen Bericht der Finanzminister in seiner Staatsrede mörlicher wie folgt:

Verhandlungen über das Bernsteinunternehmen haben hier schon früher stattgefunden; wir haben eine Reihe von verschiedenen Eventualitäten versucht, da Herr Becker sein Pachtvertrag gekündigt hatte, wie man diese schwierige Frage wohl am besten ordnen könnte, und sind schließlich dahin gekommen, Herr Becker seine Vorräthe, seine Anlagen und seine Gründstücke, unter welchen sich ein schönes, großes Gut, ich glaube, von 6000 Morgen, befindet, abzukaufen zu einem Preise von rund 9000 000 Mk. Nun, meine Herren, sind die Einnahmen aus dem Bernsteinregal früher im Etat der Domänenverwaltung eingestellt gewesen. Für die Folge sollen sie auf das Handelsministerium übertragen werden, weil die ganze zukünftige Verwaltung des Bernsteinregals dem Handelsministerium überwiesen werden soll. Ich will noch hinzufügen, daß Herr Becker uns eine Garantie für einen bedeutenden Mehr-Erlösbücher auf fünf Jahre gegeben hat; nach unseren Berechnungen wird auch der Überschuß vom Bernsteinregal in der Zukunft bedeutend höher sein als der Pachtbetrag, den Herr Becker uns bisher als Pächter zu zahlen hatte. Hier ist nun eingestellt eine Mehrausgabe von 1710 000 Mk., davon ist aber eine Mehrausgabe von 1033 000 Mk. abzuzeichnen und außerdem der Betrag von 396 000 Mk., der bisher bei der Domänenverwaltung etatisiert war. Das Ganze soll in Kraft treten am 1. Juli, es wird den Herren eine ausführliche, die Sache motivierende Denkschrift vorgelegt werden, als Anlage zu einem Anliegegesetz, welches Sie zu verabschieden haben werden.

* [Bürger-Verein.] Sein 29. Stiftungsfest feierte der Danziger Bürger-Verein gestern im festlich geschmückten Saale des Gewerbehauses unter reger Teilnahme der Mitglieder. Mit Concertmusik nahm das Fest bald nach 6 Uhr seinen Anfang und nach Gesangsvortrag des unter der Leitung des Herrn Lewandowski stehenden Danziger Sänger-Vereins brachte der Vorsitzende des Vereins, Herr Schmidt, das erste Hoch auf den Kaiser aus und nach weiteren Chorgesängen hielt Herr Schmidt die Festansprache, in der er einen Rückblick auf die Tätigkeit des Vereins während seines 29-jährigen Bestehens warf und mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Vereins schloß. Solzengänge wechselten dann mit Chorgesängen, Violin-Duetten, Coupletts und anderen humoristischen Vorträgen u. s. w. ab. Inzwischen brachte Herr Witt auf den Vorstand ein Hoch aus und den Schluss des umfangreichen Programms bildete eine Verlosung, deren Ertrag in den Säcken des Arier-Denkmal-Fonds fließen soll. 150 Gegenstände waren zu der Verlosung von Mitgliedern gespendet worden und 1200 Loope wurden verkauft, so daß der Ertrag ein erheblicher sein dürfte. Nach der Verlosung stand ein gemeinsames Festmahl statt, worauf eine Ballfeierlichkeit begann.

* [Turn- und Fechtein Danzig.] Da die Verhandlungen aus Anlaß des Winterfestes am verflossenen Freitag so großen Anhang gefunden, hat sich der Vorstand entschlossen, dieselben noch einmal am Mittwoch, den 1. Februar, stattfinden zu lassen. Der Reinertrag soll dem Turnhallen-Fonds zu gute kommen.

* [Der „Danziger Kellner-Verein“] hielt am 19. Januar seine Mitglieder-Versammlung ab. Der „Arbeits-Nachweis“ ergab, daß vom 20. Dezember bis 19. Januar 18 festliche Stellen besetzt worden sind, an Lohnarbeiten dagegen 78 vergeben sind. Der Vorsitzende Herr Diedrich machte in kurzen Worten der Versammlung bekannt, wie gut unser Bureau arbeitet. Ein Überschuß von der „Weinbachsche Belehrung“ ergab 17 Mk., welche der Vereinshaushalt zugeteilt wurden. Es folgte sodann Abänderung der Statuten. Als Tag der Feier des Geburtstages des Kaisers Wilhelm II. wurde der 30. Januar festgelegt. Mit Erledigung innerer Vereins-Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

* [Männer-Turnverein.] Die Generalversammlung im Gesellschaftshause am Sonnabend Abend eröffnete der Vorsitzende, Herr Ofenfabrikant Wiesenbergh, mit Begrüßung der jährlich erschienenen Turngenossen. Nach dem erläuterten Rüffelbericht beträgt der Rüffelbestand z. St. 414 Mk., der Turnhallen-Fonds 698 Mk. Herr Turnwart Briege teilte mit, daß die Belehrung an den Übungs-Abenden im verflossenen Jahre eine weit regere als in früheren Jahren gewesen. Die Damen-Abteilung des Vereins zählt augenblicklich 35 Mitglieder; geturnt wird an jedem Montag und Donnerstag Abend unter Leitung der geprüften Turnlehrerin Frau Cornelsen. Das Stiftungsfest wird am 4. März durch einen Herren-Abend im Gesellschaftshause begangen werden. Eine Nachfeier derselben soll am 11. März durch ein Faschings-Fest mit Damen im Bildungswerkshaus stattfinden. Als Berater zum Gaufrage des Untermeißelgauens im Schützenhause zu Dirichau wurden gewählt die Herren: h. Wiesenbergh, W. Briege und P. Sandor. Auch soll eine Mußerrüge dorthin entzündet werden.

* [Tod an Brandmunden.] Die Frau Bertha Gierke, die, wie gemeldet, vor kurzem durch hochzeitliches Wasser und auch durch Andrennen der Kleidungsstücke erhebliche Brandwunden erlitten, ist vorgestern an den Folgen dieser Verletzungen im Stadtgärtchen in der Sandgrube gestorben.

* [Unfall.] Die Witwe Caroline Domanski stürzte beim Auslösen ihrer Flurlampe eine Treppe hinab und erlitt außer anderen Verletzungen einen Unterschenkelbruch, weshalb sie ins chirurgische Stadtkrankenhaus gebracht werden mußte.

* [Selbstmordversuch.] Der Techniker Eugen W. versuchte Sonnabend Abend in seiner Wohnung seinem Leben durch Ersticken ein Ende zu machen. Der Schuh, der gegen die Brust gerichtet war, traf jedoch nicht tödlich. W. wurde per Sanitätswagen nach dem chirurgischen Stadtkrankenhaus gebracht. Andauernde Krankheit soll die Ursache des Tötungsversuchs sein.

* [Blühende Anemonen.] Bisher haben wir den Winter in diesem Jahre fast nur von seiner mildesten Seite kennen gelernt. Die ungewöhnliche Witterung, die zur Zeit herrschte und uns z. B. gestern einen förmlichen Frühlingstag bescherte, hat natürlich auch ihren Einfluß auf die Pflanzenwelt ausgeübt. So ist es sehr keine Seltenheit, Blüten zu sehen, das seine Blätter bereits in der lauen Luft entfalten. Einige der ersten Frühlingsblumen haben es bereits zu Blüthen gebracht. So sehen wir heute eine vollständig aufgeblühte Garten-Anemone, die in einem Vorgarten in Langfuhr, der von der Morgensonne beschienen wird, gewachsen war und sich gestern vollständig entfaltet hatte.

* [Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind verkauft worden die Grundstücke: Baumgärtnergasse Nr. 17/18 und Amstegasse Nr. 8 von dem Bäckermeister Mannach'schen Eheleuten an die Witwe Niemeier, geb. Dannenberg, für zusammen 85 000 Mk.; ein Trennfleck von Olivaerthor Nr. 10 von dem Bäckermeister Karow

an die Schlosser hink'schen Eheleute für 10 242 Mk.; Stadtgebiet, niedere Seite Nr. 25 von der Witwe Rümmeler, geb. Miegelshoff, und deren Kinder an den Kaufmann Walter Rümmeler für 140 000 Mk.; Olivaerthor Nr. 10 von den Geschwistern Selonke an den Bäckermeister Karow und von letzterem an den Kellerei-Rabowsky für 68 000 Mk.; Schäßburg Blatt 180 von der Witwe Rabowsky, geb. Engel, an den Maurer Sobczynski für 1050 Mk.; Pełonka Blatt 40 an den Herrn Franz Höcherl; Odra am der Motteau Blatt 28 von dem Kaufmann Dresler an den Architekt Walter Marz.

* Marienwerder, 21. Jan. Ähnliche Vorfälle wie sie aus Köln und Münster gemeldet werden, sind in jüngerer Zeit auch in unserer Nachbarstadt Marienau vorgekommen. Eine Milchfrau wurde in früher Morgenstunde am Unterleibe schwer verletzt, ein junges Mädchen erhielt einen Messerstich, der glücklicherweise am Corlett abprallte. Ebenso wurden noch einige andere junge Mädchen belästigt. Die bisherigen Nachforschungen scheinen bereits auf die Spur des Täters geführt zu haben.

Standesamt vom 23. Januar.

Geburten: Magistrats-Confessor Albert Meix, G. — Feldwebel im Infanterie-Regiment Nr. 128 Alexander Stürmer, Z. — Königl. Schuhmann Carl Schmidt, Z. — Photograph Aloisius Arke, Z. — Autrich Joseph Closka, Z. — Maurergeselle Alexander Rosin, G. — Schuhmachermeister August Arsch, Z. — Bureau-Vorsteher Otto Lindner, G. — Ingenieur Eugen Thun, G. — Maurergeselle Carl Wende, G. — Tischlermeister Wilhelm Wroblewski, G. — Arbeiter Adam Arent, G. — Brauer Gustav Sommerberg, G. — Malergeselle Friedrich Dingfeldt, Z. — Bäckermeister Max Grenda, G. — Arbeiter Johann Fellenberg, Z. — Mühlbauer Friedrich Baldußnig, G. — Zimmerpolier Emil Mueller, Z. — Arbeiter Friedrich Wiegandt, G. — Unehel.: 2 Z. Aufgebote: Fleischmeister Hermann Johannes Elternmann und Ida Maria Schumacher, beide hier, — Bäcker Franz Emil Schulz und Maria Anna Schornstein zu Lüsin. — Schaffner bei der elektrischen Straßenbahn Willi Swald Theodor Max Räth und Maria Luise Elisabeth Lemke, geb. Komina. — Tischlermeister Franz Paul Luszniewski und Augustine Prill. — Sämmlich hier. — Bäckerjohann August Borowski zu Lüsin und Rosalie Koslowsky zu Jatto. — Arbeiter Jacob Wendorpski zu Rollbich und Barbara Gliszcynski zu Bielaw. — Schlosser Franz Szule hier und Wanda Johanna Selinski zu Dirichau. — Arbeiter Johann August Ferdinand Ludwig und Bertha Johanna Wilhelmine Königs zu Seiberg. — Bergmann Friedrich Reinhold Bogd zu Caternberg und Maria Arämter zu Rothhausen.

Todesfälle: Stadtschreiber und Bureau-Vorsteher Friedrich Wilhelm Rudolf Wilke, 70 J. — Rentiere Wittine Emilie Heidfeld, geb. Scheffler, 77 J. 8 M. — G. des Generalagenten Albert Bluhm, 3 M. — Rentiere Therese Wilhelmine Marie Boerndt, 55 J. — Arbeiter Friedrich Schwar, 47 J. 8 M. — Zimmerman Johann Behrendt, 65 J. — Z. des Maurergesell Eduard Kochmieder, 3 W. — Z. d. Arb. Fer. Spierowski, 3 M. — hausmädchen Bertha Sierke, 15 J. 5 M. — Rentiere Wittine Louise Schermann, geb. Witt, fast 85 J. — G. d. Arbeiters Albert Loszinski, 8 W. — Z. d. Arbeiters Hermann Horn, 12 J. — Frau Louise Lehner, geb. Bürde, 74 J. 8 M. — Z. d. Schuhmachermeister Bernhard Przehlewski, 2 M. — S. d. Maschinendreher Joseph Woich, 6 M. — Frau Agnes Hedwig Klingroth, geb. Flissikowski, 24 J. 8 M. — Frau Ernestine Griebe, geb. Schröder, 46 J. — Stuhlmacher Ernst Samuel Gottfried Jürgensen, 71 J. — Arbeiter Johann Julius Müller, 52 J. — Witwe Franziska Nöbel, geb. Witzewski, fast 80 J. — Unehel.: 4 G. 1 Z. und 1 Z. todgeb.

* Vermischtes.

Berlin, 23. Januar. In dem Hause Sitzelickerstraße Nr. 7 versuchte gestern der 27 Jahre alte Kellner Max Hesse seine Geliebte, die Arbeiterin Ernestine Biegel, zu erdrosseln, wurde aber daran durch Hausbewohner und einen Schuhmann verhindert und festgenommen, nachdem er kein Opfer bereits schwer verletzt hatte.

Sturm.

London, 22. Jan. In verschiedenen Theilen des Landes herrschte während der vergangenen Nacht heftiger Sturm. Mehrere Flüsse sind ausgetreten. Der Postdampfer von Calais nach Dover machte wiederholte vergebliche Versuche, die Landungsstelle in Dover oder Folkestone zu erreichen und landete schließlich an letzterem Orte. Die Nacht-Dampferdienste im Kanal waren eingestellt.

Ferner wird über Köln gemeldet, daß die erste, zweite und dritte Post von London über Ostende am Sonnabend wegen fahrlässiger Brandstiftung vor der Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte Aniwell ist Vicewirth des Hauses Fleischergasse Nr. 43. Hier sollte im September v. J. ein Pappdach neu gehievt werden. Die Ausführung dieser Arbeit war dem Angeklagten Brauer übertragen. Zum Anwärtern des Theers wies A. dem A. eine gewöhnlich nicht benutzte Waschküche im Kellerraum an. Als A. nun das Feuer angezündet hatte, begab er sich auf Dach. Bald darauf drang aus der Küche ein furchtblicher Qualm; der Theer war zum Ueberfließen gekommen und in Brand geraten. Er mußte die Feuerwehr alarmirt werden, die bald Herrn des Feuers wurde. Bei der gestrigen Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die Küche durchweg massiv ausgebaut, sogar einen Cement-Fußboden hat, daß also das Feuer keinen größeren Umfang annehmen konnte. Der Staatsanwalt berief sich aber auf eine Polizeiverordnung von 1852, laut welcher das fahrlässige Umgehen mit Feuer auch dann bestraft wird, wenn kein Schaden entsteht, und beantragte gegen jeden der Angeklagten 10 Mk. Geldstrafe. Das Gericht sprach die Angeklagten frei, indem es ausführte, daß es sich hier nicht um fahrlässiges Umgehen mit Feuer handele.

* [Policebericht für den 22. und 23. Januar.] Verhaftet: 14 Personen, darunter 3 Personen wegen Widerstandes, 1 Person wegen Hausfriedensbruchs, 2 Personen wegen Trunkenheit, 1 Person wegen Unjugs, 1 Person wegen Bedrohung, 1 Person, welche aus dem Gefängnis entsprungen ist, 1 Bettler, 1 Obdachlose. — Gefunden: 1 Paar schwarze Glashandschuhe mit Futter, 1 Portemonnaie mit 52 Pf., schwarzer Regenschirm, 1 Portemonnaie mit 2 Mk., abholen aus dem Fundbüro der königl. Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

* Öbra, 23. Jan. Gestern fand hier eine Versammlung zur Besprechung über die Bildung einer freiwilligen Feuerwehr statt, an welcher 21 Personen Theil nahmen. Sämtliche Anwesende erkannten die Notwendigkeit einer Verbesserung des hiesigen Feuerlöschwesens an und erklärten sich bereit, beim Zusammentreffen der Wehr derteben beizutreten. Die Besprechung soll in einer neuen Versammlung am Sonntag, den 29. d. Mts., Mittags 11½ Uhr, fortgesetzt werden. — Die Ausführung des Concertes zum Befrei des hiesigen Armenunterstützungs-Vereins, welches im Dezember verlagt werden mußte, ist nun auf den 18. März festgelegt und wird unter dankenswerter Mitwirkung des Danziger Männergesangsvereins „Melia“ sowie der Kapelle des Leibhofsregiments im Saale des Herrn Mathesius („Zur Ostbahn“) stattfinden.

* Neustettin, 21. Jan. Einen eigenartigen und dabei sehr folgenschweren Bissen schluckte am 20. Dezember v. J. der vielfach vorbestrafte Arbeiter Karl Strünke aus Tempelburg hinunter. Als er nämlich am genannten Tage mit seiner Frau in Streit geriet, übersetzte ihm plötzlich eine solche Wuth, daß er auf sie zusprang, ihne die Nasenspitze bis auf das Nasenbein glatt abbiss und in der Hast das Stück vergluckte. Die Frau ist für immer surfaßbar entstellt. Die

